Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage **Leben, Wissen, Kunst** sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 243. | Dresden, Mittwoch den 19. Oktober 1910. | 21. Jahrg.

Der Gedenktag einer Thronrede.

Am 20. Oktober sind es genau zwei Jahre, daß das preußische Volk auf die Einlösung eines königlichen Schuldscheins wartet.

Am 20. Oktober 1908 verlas Wilhelm II. bei der Eröffnung des Landtags eine Thronrede, in der es hieß:

Mit dem Erlaß der Verfassung ist die Nation in die Mitarbeit auch an den Geschäften des Staates eingetreten. Es ist mein Wille, daß die auf ihrer Grundlage erlassenen Vorschriften über das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten eine organische Fortentwicklung erfahren, welche der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie der Erstarkung des staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls entspricht. Ich erblicke darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart.

Worin besteht die außerordentliche Bedeutung dieser Thronrede? Eine Thronrede ist nicht die persönliche Meinungsäußerung eines beliebigen gerade auf dem Thron befindlichen Monarchen, sondern ein feierlicher Staatsakt, der in allen seinen Einzelheiten von dem verantwortlichen Ministerrat vorberaten und festgesetzt ist. Sie ist die offiziellste, anständigste Form, in der sich die monarchische Staatsgewalt vor der Oeffentlichkeit zu äußern vermag.

Das in der Thronrede vom 20. Oktober enthaltene Zugeständnis, daß eine Wahlreform in Preußen notwendig sei, hielt nun dadurch seine besondere geschichtliche Bedeutung, daß es keineswegs dem freien Willen der Staatsgewalt entsprang, sondern ihr vielmehr von den Massen abgerungen und abgezwungen war. Das Zugeständnis der Thronrede steht in offenbarem Gegensatz zu früheren Regierungserklärungen, in denen das Dreiklassenwahlsystem geradezu als das beste aller Wahlsysteme gepriesen und jede Forderung einer tiefer greifenden Wahlreform in brutalster Weise zurückgewiesen worden war. Es steht insbesondere in diesem Widerspruch zu allen Erklärungen des früheren Reichskanzlers Bülow, in denen die Straßendemonstrationen der sozialdemokratischen Massen als völlig verfehlt und rücksichtslos bezeichnet worden waren. Es ist eine Tatsache, die nicht mehr aus der Welt geschafft werden kann, daß das Versprechen einer Wahlreform erst gegeben wurde, nachdem an den Fenstern des Berliner Königsschlosses die Sturmfahne der französischen Revolution, die Marseillaise, erklungen war. Die Thronrede vom 20. Oktober 1908 war seit Jahren wieder das erste Anzeichen dafür, daß die herrschenden Mächte gezwungen sind, Rücksicht auf das Volk zu nehmen, sobald dieses zeigt, daß es ihm um seine Sache ernst ist.

Die Krone, für deren Handlungen die Regierung verantwortlich ist, ist einer der drei Faktoren der preußischen Gesetzgebung; die beiden anderen sind das Abgeordnetenhaus und das Herrenhaus, die zusammen den Landtag bilden. Das Abgeordnetenhaus war in der Anerkennung der Notwendigkeit einer Wahlreform der Krone schon vorangegangen, denn in verschiedenen Abstimmungen hatte sich gezeigt, daß eine Mehrheit, die grundsätzlich die Erhaltung des bestehenden Wahlrechts wünschte, nicht mehr vorhanden war. Krone und Abgeordnetenhaus müssen beide zugeben, daß die Sozialdemokratie recht hat, eine Wahlreform zu fordern, wenn sie auch über das Maß der Reform mit dem Volke feilschen möchten. Krone und Abgeordnetenhaus gestehen ein, daß die preußische Gesetzgebung eine große Schuld am preußischen Volke einzulösen hat, und doch ist noch nicht das Geringste geschehen, um diese Schuld einzulösen!

Daraus ergibt sich die Folgerung, daß das Volk die Einlösung dieser Schuld mit denselben Mitteln erzwingen muß, mit denen es ihre Anerkennung erzwungen hat. Auch hier gilt das Wort: „Zureden hilft!" Nur muß dieses Zureden energisch und unzweideutig sein!

Nach der Theorie, die sich die Junker zurechtgelegt haben, soll die Verpflichtung der Krone durch den mißlungenen Wahlreformversuch dieses Jahres erloschen sein. Das ist aber eine Ausrede der Verlegenheit, die niemand ernst nimmt. Die Verpflichtung zur Reform besteht, solange die anerkannte Reformbedürftigkeit vorhanden ist. Und das Mißlingen des Reformversuchs von 1910 beweist nichts für die Güte des Wahlrechts, desto mehr für die Unfähigkeit der Regierung und des Landtags.

Die kritische Situation, die sich aus diesem Sachverhalt für die Regierung und die herrschende Junkerkaste ergibt, wird noch ganz außerordentlich verschärft durch die Ereignisse, die sich in der Zwischenzeit, vom 20. Oktober 1908 bis zum heutigen Tage, abgespielt haben. **Man hat dem Volke Hunderte von Millionen neuer Lasten aufgepackt, man hat neue Brau-, Tabak-, Branntwein-, Tee-, Kaffee-, Zündholz- und Leuchtmittelsteuern geschaffen — — und das Wahlreformversprechen blieb unerfüllt! Dem König von Preußen wurde die Zivilliste von 15¾ auf 19¼ Million Mark jährlich erhöht — und das Wahlreformversprechen vom 20. Oktober 1908 blieb unerfüllt!**

Das sind Tatsachen, die selbst das geduldigste Volk der Welt in die Empörung treiben müssen! Die Regierung Bethmann-Hollweg weiß das so gut wie wir, und darum versucht sie alles, um die Aufmerksamkeit der Welt abzulenken von diesem Punkt, an dem das preußische System sterblich ist. Darum klammert man sich jetzt an Moabit und ähnliche Geschichten!! Aber alle Versuche, den Tatbestand zu verdunkeln, alle Versuche, vergessen zu machen und abzulenken, werden scheitern an dem guten Gedächtnis und an der zähen Energie der Volksmassen, die sich nicht scheuen werden, den als richtig erkannten Weg bis zum Ende zu gehen!

Die Nichteinlösung des Schuldscheins vom 20. Oktober 1908, zusammengehalten mit der Reichsfinanzreform von 1909 und der Erhöhung der Zivilliste von 1910, ist ein Anklagefaktum von so durchschlagender moralischer Wucht, daß ihm schließlich auch die stärkste Regierung unterliegen muß. Mehr Steuern aus den Taschen des Volkes, mehr Geld für den König, aber kein Recht für das Volk trotz aller feierlichen Versprechungen! Das sind Tatsachen der Schuld und der Schande, die die Sozialdemokratie jenen, die dafür in erster Linie verantwortlich sind, der Regierung und den herrschenden Parteien, immer wieder, und besonders auch im Wahlkampfe in die Ohren schreien wird. Wir lassen nicht locker, wir geben nicht nach! Fort mit diesem niederträchtigen System!

Beilegung des französischen Eisenbahnerstreiks.

Die gestrige Meldung vom Streikabbruch wird nunmehr als richtig bestätigt. In der Nacht vom 17. zum 18. Oktober beschloß das Streikkomitee, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Humanite schreibt in ihrer letzten Nummer: „Das Streikkomitee sendet uns folgende Note: Das Streikkomitee hat entschieden, die Arbeit am Dienstag überall wieder aufzunehmen. In einem späteren Manifest wird das Streikkomitee die Gründe dieses Beschlusses darlegen. Es wird ferner darin die Eisenbahner auffordern, für den Ausbau und die Sicherheit ihrer Organisation Sorge zu tragen."

Damit geht im westlichen Nachbarlande ein wirtschaftlicher Kampf zu Ende, der den Bahnmagnaten und ihren ministeriellen Helfershelfern eine Lehre sein wird. Die Vertrauensleute der Eisenbahner haben mit dem Abbruch des Streiks darauf verzichtet, mit einem Briand zu verhandeln, mit einem streberischen Gesinnungslumpen, der bei diesem Ringen seine früheren Mitkämpfer mit den gesetzlichen und ungesetzlichen Gewaltmitteln des Klassenstaates niederzuknüppeln suchte, um sich auf dem Ministerpräsidentenschemel zu halten und seine revolutionäre Vergangenheit vergessen zu machen. Um so ehrenvoller für die kämpfenden Proletarier, wenn sie den Bahnkapitalisten allen Niederträchtigkeiten zum Trotz die Zugeständnisse abrangen, die schließlich zum Abflauen des unvorbereitet und zur Unzeit begonnenen Kampfes führen mußten.

Mit dem Kampfe findet auch der Lügenfeldzug der bürgerlichen Presse und offiziösen Berichterstattung einen Abschluß und die strapazierte Phantasie manches Schmocks darf sich wieder bis zur nächsten großen Kraftäußerung der Arbeiterklasse erholen. Unser Pariser Korrespondent hat eine Reihe klassischer Lügennachrichten gesammelt. Wir wollen sie trocken nebeneinander stellen: 1. Ein Mitarbeiter der Humanité schreibt, es könne Briand noch ergehen wie Franco, dem Portugiesen. Am nächsten Morgen veranstalteten zwei Blätter Extraausgaben, in denen steht, daß Jaurès den Ministerpräsidenten mit dem Tod bedrohe . . . Franco lebt bekanntlich vergnügt im Ausland. — 2. Zwei royalistische Grafen beriefen für gestern Abend eine Versammlung ein, in der sie die Anwesenden zum Königstum zu bekehren versuchten. Es hatten sich aber 500 Arbeiter und Kleinbürger eingefunden, die in einer Resolution die royalistischen Doktrinen ablehnten und an deren Schlusse die Worte: „Es lebe die demokratische, soziale Republik, es lebe der Syndikalismus", setzten. Jetzt meldet eines der Leibblätter Briands, „daß die Royalisten die Streikenden ermutigen". Also zu lesen in der linksradikalen Aktion. — 3. Der Petit Parisien meldete, daß die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften den Streikenden eine halbe Million zur Verfügung gestellt hätte. Obschon

Briefe aus dem Orient.

II.

Die Demokratie in Serbien ist eine Tatsache und ist ein Problem. Die äußeren Formen des öffentlichen Lebens sind demokratisch mehr als irgendwo in Europa. Minister, Bankiers, Bauernführer verkehren ungezwungen miteinander, nennen sich nach Gebrauchsitte beim Vornamen, sind auch gelegentlich per Du. Die Bourgeoisie hat sich geistig noch nicht ganz von ihrem nationalen Mutterboden gelöst. Sie muß sich auch noch sozial direkt aus der Bauernmitte ergänzen. Es gibt hier Schüler der Mittelschulen und auch der Hochschule, die sich ihren Lebensunterhalt durch Hausdienste verdienen: sie verrichten ihre Dienste bis 8 Uhr früh, gehen dann in die Schule, kehren wieder nachmittags zu ihrer Dienstherrschaft zurück und bekommen den Abend frei für ihre Studien. Aber die Klassenbildung vollzieht sich in der Lebenshaltung und wird bald zu einem Gegensatz der Empfindungs- und Denkweise führen. Wenn man von den Anhöhen Belgrads mit ihren modernen Häusern und glänzenden Straßen zum Hafen herunterstiegt, findet man ein armseliges Volk von Lastträgern, Handwerksgesellen, Arbeitern, Knechten, die in Schmutz und Staub hausen. Hier hörte ich in einer elenden Kneipe zerlumpte Gesellen ein Lied singen, das die Strophe enthielt:

Der Teufel mag sie zwingen,
Die um das Land und um den Hof uns bringen.

Die politische Macht ist gegenwärtig vollkommen in den Händen der Skupschtina, des Parlaments. Die Dynastie zählt nicht mit. Von dem gegenwärtigen Minister wird erzählt, daß er angeblich den Königsmördern also ansprach: „Du Kerl, nimm dich in acht, du weißt, daß ich schon mit verschiedenen Königen fertig geworden." Ich habe selbstverständlich nicht gefragt, ob das wahr sei, aber wie ich einen Mann beurteile mit dem ich eine längere Unterredung hatte, halte ich ein ähnliches Vorkommnis nicht für ausgeschlossen. Ich würde dieses Gerücht nur deshalb weil man ja in den Methoden serbischen Prinzenerziehung nie genug Erfahrungen sammeln kann. Die serbischen Staatsmänner gerieren sich überhaupt gern als Königsbezwinger. „Wir haben dreißig Jahre lang gekämpft" — sagte Pasitsch. Ich replizierte: „Aber schließlich war es doch die Armee, die euch rettete." — „Ach . . . (wegwerfende Bewegung). Das Offizierskorps hat die Umwälzung gemacht und uns dann die politische Leitung überlassen." — „Aber Milan und Alexander verzichten doch, und ihr wurdet in die Gefängnisse gesteckt." Pasitsch (auf sich deutend): „Zweimal zum Tode verurteilt." — „Welche Garantien habt ihr, daß die Demokratie fernerhin aufrecht erhalten bleibt?" — „Unser Bauerntum ist durch und durch demokratisch, es hat einen stark ausgeprägten Unabhängigkeitssinn." — „Doch das reaktionäre Regime bestand, die Verfassung wurde geändert, und das Bauerntum rührte sich nicht; ihr könntet auch jetzt alle in die Gefängnisse gesteckt werden." — „O nein, da müssen Sie schon unsere Bauern gründlicher kennen lernen." — „Wodurch hielt sich aber jenes Regime?" — „Das ist eine andere Frage."

Ich deute diese letztere Antwort so, daß Milan, Natalie, Alexander durch den Druck auswärtiger Mächte gehalten wurden. Das läßt sich nicht abweisen. Die Monarchie wird auch jetzt den Serben von außen aufgezwungen. Wenn auch zugegeben wird, daß König Peter noch seit dem Unabhängigkeitskrieg Sympathien in dem Bauerntum besitzt, so würde man sich doch schon wegen der jährlichen Königsdotation von 1 200 000 Frank das kostspielige Vergnügen wohl geschenkt haben. Weil aber das Königtum nicht im Volke wurzelt, ist es um so mehr vom Auslande abhängig; das macht die Fürsten in den Balkanländern zu Geschäftsträgern der Großmächte — darum haben diese Monarchien in den Balkanländern geschaffen. Sie werfen dadurch auch dynastische Interessen in das Spiel, die ihrer Eroberungspolitik vorarbeiten. Auf Schritt und Tritt bekommt man es hier zu hören, daß es der Ehrgeiz der Fürsten und der Druck von außen seien, die der Vereinigung der Balkanfürstentümer im Wege stehen.

Wohl, der Druck der Großmächte ist ein wichtiges, reaktionäres Moment in Serbien. Daneben bleibt aber die Tatsache bestehen, daß seit dem Unabhängigkeitskrieg die gesamte Politik Serbiens in Belgrad gemacht wurde. Die Landbevölkerung nahm Kenntnis von dieser Politik nur aus der Steigerung der Steuern und Militärlasten, die sie geduldig ertrug.

Erst standen die Dynastie — hinter dieser das Intrigenspiel der Großmächte — und die Intellektuellen einander gegenüber. Jetzt haben wir als neues politisches Moment die nationale serbische Bourgeoisie vor uns. Diese befindet sich in einer Lage, daß sie sagen kann: „Was auch geschehen mag, es geschieht zu meinem Nutzen." Kommt es zum Krieg, profitiert sie an den Armeelieferungen; schließt der Krieg mit einer Erweiterung des serbischen Gebiets, so wird sich die Bourgeoisie an den nationalen Gründungen bereichern; schließt er mit der Angliederung Serbiens an Oesterreich, so gibt es doch eine Vereinigung des nationalen Marktes, es gibt billiges österreichisches und deutsches Kapital, es gibt den österreichischen Staatssäckel, aus dem man schöpfen kann, und die serbische Bourgeoisie glaubt außerdem, daß sie in Oesterreich den bis jetzt fehlenden politischen Konzentrationspunkt des Südslawentums abgeben werde. Die nationalistische serbische Bourgeoisie ist, bei all ihrem mordspatriotischen Geschrei, nahe daran, die Selbständigkeit des serbischen Staats preiszugeben, und noch leichter wird sie die Demokratie verraten.

Ich war nun beim serbischen Bauer. Ich habe ihn aufgesucht in der Korn- und Fleischkammer des Landes, dort, wo er noch am meisten seine Wohlhabenheit aufrecht erhalten hat. Gewiß, es ist freier, mutiger Menschenschlag von starkem Selbstgefühl. Er hat, vereinigt mit dem Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit, einen starken Unabhängigkeitssinn — nach außen. „Wollt ihr den Krieg gegen Oesterreich?" — fragte ich die Bauern. — „Gott schenke uns dieses Glück" — war die Antwort. Als ein alter Bauer seine Erlebnisse im Kampf gegen die Türken erzählte, wandte ich ein: „Es war schwer, gegen die Türken zu kämpfen, doch viel schwieriger noch wäre der Kampf gegen das mächtige Oesterreich — wollt ihr denn alle diesen Krieg?" — „Alle, wir ziehen alle in den Krieg." — „Ist denn die Stimmung jetzt ebenso stark wie damals im Krieg gegen die Türkei?" — „Stärker, der Schwab ist unser schlimmster Feind." Ich hatte den bestimmten Eindruck, daß wenigstens dieser alte Bauer und dessen Söhne ihre Wohlhabenheit aufs Spiel setzen und mit Freuden in den Krieg gegen Oesterreich ziehen würden. Wenn man mit Kriegsstimmung allein siegen, mit Kriegsworten Kanonen laden könnte, so wäre Serbien der Sieg sicher. Der alte Bauer zeigt mir sein Beil: „Mit diesem da zogen die Leute gegen die Türken." Die Augen des Greises — eine schöne, männliche Gestalt — schossen Blitze. Würde man ihm sagen: „Nimm dein Beil und kämpfe jetzt gegen Oesterreich" — er würde sich kaum bedenken. Das zeigt uns den wunden Punkt des serbischen Kriegspatriotismus.

Dieser serbische Bauer ist weltabgeschieden. Er kennt die Welt und ihre Machtverhältnisse nicht, oder kennt nur das, was ihm die nationalistischen Zeitungen sagen, die ihm vorgelesen werden. Denn selbst kann er nicht lesen. Wo der Bauer sich am meisten konserviert hat, da hat ihn der Handel am wenigsten berührt. Selbst der Verkehr mit den wenigen Kleinstädten ist gering. Die Straßen sind miserabel, Regenwetter macht das Land direkt unwegsam. „Sie sind der erste Fremde, der dieses Haus betritt" — bekam ich zu hören, als ich den Großbauer aufsuchte, der mit seinen Söhnen, Schwiegersöhnen, Töchtern, Schwiegertöchtern eine ganze Sippschaft, ein eigenes, einheitliches Wirtschaftsgebilde und gleichsam einen Staat für sich darstellt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19101019/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG